

Antrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ökologie und Ökonomie im Einklang - Entwicklungschancen Brandenburgs zum klimaneutralen Industrieland ergreifen

Der Landtag stellt fest:

Mit dem Eintritt in den marktwirtschaftlichen Wettbewerb fand in den 1990er-Jahren ein gravierender Strukturwandel in Brandenburg statt, der insbesondere für Industrie und verarbeitendes Gewerbe einen massiven Abschwung zur Folge hatte. Nach dieser schwierigen Transformationsphase vollzog sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten sukzessive eine positive Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung, die vor allem dem Fleiß und der Leistungsbereitschaft der Brandenburgerinnen und Brandenburger zu verdanken ist. Obwohl Ostdeutschland auf dem Weg zu gleichwertigen Lebensverhältnissen gut vorangekommen ist, bleibt die Wirtschaftsstruktur in Brandenburg nach wie vor eher kleinteilig. Eine leistungsfähige Industrie wirkt sich aber positiv auf die Wirtschaftskraft, das Lohnniveau oder auch auf Forschung und Entwicklung aus.

Der globale Strukturwandel, sich verändernde Wertschöpfungsprozesse und -ketten, die Herausforderungen der Energiewende und das Ziel der Klimaneutralität bis spätestens 2045 beschreiben die Herausforderungen für die Brandenburger Wirtschaft. Die dafür erforderlichen Veränderungs- und Modernisierungsprozesse bieten die Chance, neue industrielle Strukturen in innovativen Branchen aufzubauen. In den Bereichen Elektromobilität und Batterieforschung oder auch in der Wasserstofftechnologie gibt es dafür beispielsweise bereits vielversprechende Ansatzpunkte, welche gestärkt und ausgebaut werden müssen. Hierfür braucht es gut ausgebildete und gut bezahlte Fachkräfte, investitions- und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen, eine leistungsfähige Infrastruktur sowie unbürokratische und zügige Entscheidungsverfahren.

Die Entwicklung Brandenburgs zum klimaneutralen Industrieland ist ein entscheidender Baustein für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und kann Wohlstand und Wachstum auf der einen mit Umwelt- und Klimaschutz auf der anderen Seite in Einklang bringen.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird unter Berücksichtigung der vorhandenen Haushaltsmittel aufgefordert,

1. die „Leitlinien Industriepolitik“ gezielt mit anderen Teil- und Fachstrategien (insbesondere dem Klimaplan gemäß Drucksache 7/1420) zu verzahnen und so zu einer Strategie zur Förderung und Stärkung der Industriepolitik in Brandenburg auszuweiten. Neben den Handlungsfeldern Innovation und Digitalisierung, Fachkräftesicherung, Wertschöpfungsketten sowie Infrastruktur sollen dabei insbesondere Klima- und Umweltschutz, Energieversorgung, Verfahrensbeschleunigung und Bürokratieabbau sowie Ansiedlung und Standortmarketing modular als zusätzliche Kategorien entwickelt und integriert werden, wobei insgesamt die Herstellung der Klimaneutralität bis spätestens 2045 als ein wesentliches Ziel der Strategie dienen soll. Die Strategie soll bis Mitte 2023 im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Energie vorgestellt und beraten werden;
2. an ihrem Ziel festzuhalten, ein landesweites Konzept für die Entwicklung und Mobilisierung zusätzlicher Flächen für Industrieansiedlungen zu entwickeln, wie bereits vom Landtag (Drucksache 7/530) angeregt;
3. Unternehmen besonders zu unterstützen, die sich um Projekte und Fördermittel auf EU- und Bundesebene bewerben, die an eine erhebliche Reduktion des CO₂-Ausstoßes geknüpft sind;
4. entsprechend der Regionalen Innovationsstrategie „innoBB 2025 plus“ das Brandenburger Innovationssystem für die großen wirtschaftsstrukturellen Herausforderungen der Zukunft fit zu machen;
5. die berufliche Orientierung und die Ausbildung in technischen Berufen als Beitrag in besonderem Maße zu fördern. Die betrifft unter anderem Ingenieurwissenschaften und Ausbildungen in technischen Berufen wie beispielsweise Maschinen- und Anlagenbau, Elektronik und Mikroelektronik, IT-Industrie, Automobilindustrie oder chemische Industrie mit den Schwerpunkten Wasserstoff, ressourcenschonende Batteriezellen, erneuerbare Energien und Energieeinsparungen;
6. die Ausbauziele im Rahmen der Energiestrategie für das Land Brandenburg für erneuerbare Energien zu überarbeiten, um dem steigenden Bedarf insbesondere für Elektromobilität und Wasserstoff gerecht zu werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Energie für die Menschen und Unternehmen im Land bezahlbar sowie die Wettbewerbsfähigkeit in Brandenburg erhalten bleibt beziehungsweise gestärkt wird;
7. die konzeptionelle Ausweitung des Unterstützungsauftrags für Kompetenzzentren wie das Innovationszentrum Moderne Industrie Brandenburg (IMI) in Cottbus und das Digitalwerk Werder zu überprüfen, um Industrie und Handwerk weiterhin auf dem Weg zur CO₂-Neutralität zu unterstützen;
8. die Förderprogramme im Bereich der Technologieförderung, der Digitalisierung, des RENPlus-Programms sowie die Förderung von beruflichen Weiterbildungsmöglichkeiten zu erhalten. Insbesondere bei RENPlus soll dafür geworben werden, Initiativen wie den verstärkten Ausbau von Großspeicheranlagen zu unterstützen;

9. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,
 - a) dass umfangreiche Maßnahmen zum Abbau von Unternehmensbelastungen sowie zur Straffung von Planungs- und Genehmigungsverfahren realisiert werden, ohne Sozial- und Umweltstandards abzubauen,
 - b) dass Breitband, Mobilfunk und Bau neuer erneuerbarer Stromerzeugungsanlagen sowie ihrer Übertragungsnetze den grundgesetzlichen Status der Daseinsvorsorge erhalten,
 - c) dass das Steuer-, Abgaben- und Umlagesystem (STAU) überarbeitet wird, um eine wirtschaftliche Nutzung des dezentral selbst erzeugten Stroms und der Sektorenkopplung für die Wasserstofftechnologie zu ermöglichen,
 - d) dass die EEG-Umlage mittelfristig komplett abgeschafft wird,
 - e) dass Wettbewerbsanreize und verlässliche Rahmenbedingungen für klimaschonende Produktionsverfahren geschaffen werden;
10. darauf hinzuwirken, dass es auf dem Weg zum klimaneutralen Industrieland Brandenburg eine enge Kooperation mit der Republik Polen und unseren Nachbarländern gibt;
11. sicherzustellen, dass Unternehmen zu Fragen der Ausbildung, des Haltens und der Gewinnung von Arbeits- und Fachkräften aus dem In- und Ausland ein umfassendes Beratungsangebot beispielsweise durch die Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH zur Verfügung steht.